



Bundestagswahl 2017

Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

Eine Analyse von Andreas Bangemann

Sind Weichenstellungen erkennbar?
Was steht in den Parteiprogrammen?

Alle vier Jahre stellen die Wahlberechtigten in Deutschland ihren Bundestag zusammen und sorgen für die Politik der Zukunft. In erster Linie geschieht das über die Wahl der zugelassenen Parteien. Mit der sogenannten Zweitstimme wählt man eine Partei und entscheidet damit maßgeblich über die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag. In der Erststimme personalisiert man seine Wahl mit einer Kandidatin, bzw. einem Kandidaten aus dem Wahlkreis, in dem man wohnt. Dabei könnten es theoretisch parteilose Kandidaten schaffen, die meisten Stimmen zu erreichen und den Einzug in den Bundestag schaffen. Doch das gelang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur drei Bewerbern bei der ersten Wahl im Jahre 1949. Seither entstammten alle Erststimmengewinner von einer Partei, die durch die Zweitstimme im Bundestag vertreten war.



Eine Sperrklausel, die sogenannte 5%-Hürde, erschwert kleinen und neu gegründeten Parteien den Einzug in den Bundestag. Einzelpersonen und Organisationen fordern seit langem eine Reformierung des Wahlrechts, sowie eine Stärkung der Chancen von Volksentscheidungen, um Volksvertretungen dynamischer und pluralistischer zu gestalten und der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Das wiederum scheitert regelmäßig an den gewählten Parteien und den daraus entstehenden Machtkonstellationen. Gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wirken Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Bei der Bundestagswahl 2013

blieben rund 7 Millionen der abgegebenen Stimmen (16%) für Parteien, die die 5%-Hürde nicht überwand, ohne Einfluss auf die Zuteilung der Mandate. Ebenfalls ohne Relevanz für die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und der nächsten Regierung sind prinzipiell die Stimmen der Nichtwähler. Voraussichtlich werden von den 61,5 Millionen Wahlberechtigten 30 %, somit knapp 20 Millionen Menschen, nicht zur Wahl gehen.

2017 wurden deutschlandweit 48 Parteien zur Wahl zugelassen, wovon 42 teilnehmen. Zehn erscheinen überall auf dem Wahlzettel. Eine Besonderheit stellen die Schwesterparteien CDU und CSU dar. Die CSU ist ausschließlich in Bayern wählbar, die CDU in den restlichen deutschen Bundesländern. Das geht auf eine Vereinbarung zurück, die vor jeder Bundestagswahl erneuert wird.

Gelänge es einer Partei drei Direktmandate – von bundesweit 299 - zu gewinnen, würde für sie die Sperrklausel aufgehoben und sie erhielte im Bundestag die Anzahl Mandate, die ihr gemäß Zweitstimme rechnerisch zustünde. Insgesamt gibt es 1.400 Wahlbewerberinnen und 3.428 Wahlbewerber. 885 Personen bewerben sich nur in einem Wahlkreis. Knapp 4.000 als Mitglieder einer Partei auf Landeslisten oder Landeslisten und einem Wahlkreis.

Der Großteil der Parteien ist nur in einigen Bundesländern wählbar. Bisher sind 5 „etablierte“ im Bundestag (CDU, CSU, SPD, GRÜNE, LINKE). 2017 könnten nach den bisherigen Prognosen zusätzlich die AfD und die FDP einziehen.

Darüber hinaus stehen drei Parteien auf allen Wahlzetteln in Deutschland. Darunter das im September 2016 gegründete „Bündnis Grundeinkommen“, das es in Jahresfrist schaffte, genügend Unterschriften zu sammeln und Landeslisten in sämtlichen Bundesländern aufzustellen.

HUMANE WIRTSCHAFT analysierte über 1.000 Seiten Wahlprogramme, speziell unter dem Aspekt grundlegender Reformen auf den Gebieten Wirtschaft, Geldsystem, Finanzwesen und zu Fragen des Eigentums. Transformation ist ein Schlagwort unserer Zeit. Was genau bieten die Parteien ihren Wählern diesbezüglich an?

Die Auswahl, die getroffen wurde, erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Bei dem Versuch, alles zu den genannten Stichpunkten Relevante zu finden, können - bei allem Bemühen - Fehler unterlaufen sein. Alle Parteiprogramme sind im Internet öffentlich zugänglich.

Auszüge und Zitate aus den Wahlprogrammen der Parteien, die zur Bundestagswahl antreten.

Wortwörtliche Zitate stehen in Anführungsstrichen. In den anderen Fällen ist der sinngemäße Inhalt der Beispiele mit gleichen oder ähnlichen Worten wiedergegeben, teilweise gekürzt und in den Konjunktiv gesetzt. Die Reihenfolge der Parteien ist zufällig.

Freie Wähler – FW



FW stellt klar, dass es keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa geben darf. Politik dürfe bestehende Vereinbarungen und Versprechen gegenüber den Bürgern nicht einfach ignorieren. Der Grundsatz „Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ habe weiterhin Gültigkeit. Man will sich dafür stark machen, dass dieser Grundsatz wieder mit Leben gefüllt wird.

FW will die Sparer vor Negativzinsen schützen. Die verfehlte Euro-Finanzpolitik führe zur Entwertung von Sparguthaben und zu Negativzinsen. FW will sich dafür einsetzen, dass erhobene Negativzinsen als negative Einkünfte der Sparer anerkannt werden, um diese mit Gewinnen aus anderen Sparanlagen steuerlich verrechnen zu können.

FW will den Bürgern eine stabile Währung garantieren

Dabei soll die Stabilität der Gemeinschaftswährung wiederhergestellt und der praktizierte Ankauf von Staatsanleihen kriselnder Euroländer beendet werden. Derzeit würden die Sparer in ganz Europa aufgrund der Niedrigzinsphase ihrer Erträge beraubt. Dadurch gerieten Rentenfonds und Vorsorgerücklagen für das Alter unter enormen Druck.

Freie Demokratische Partei – FDP



Unter der Überschrift „Gerechte Erbschaftsteuer“ fordert die FDP, „dass sich Sparen und Vermögensaufbau loh-

nen“ müssen. Ein nachhaltiger Umgang mit Vermögen sei gut für die Bürger, ihre Familien und die Gesellschaft. Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen dürfe durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. „Anstrengung muss sich lohnen“. Für Unternehmen sei eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz schädlich, weshalb die FDP eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ablehnt.

Schuldenabbau

Die FDP setzt sich dafür ein, „dass Deutschland seine Altschulden abbaut, statt sich auf der ‚schwarzen Null‘ auszuruhen“. Bei einem möglichen Anstieg des Zinsniveaus, bräche ansonsten dem Staat der hohe Schuldenberg unter Umständen finanziell das Genick. „Schließlich waren es vor allem die niedrigen Zinsen und Rekordsteuereinnahmen, die in den letzten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht haben.“ (Hervorhebung d. d. Red.)

Die FDP fordert eine Beendigung der Niedrigzinspolitik der EZB. „Denn die Niedrigzinspolitik verschiebt Lasten in die Zukunft und schadet somit der Generationengerechtigkeit.“ (Hervorhebung d. d. Red.) Außerdem gäbe es keine Anreize, Strukturreformen voranzutreiben und das Schuldenmachen zu beenden. Der Grund für die Niedrigzinspolitik liegt nach Ansicht der FDP vor allem am niedrigen Wachstum in der EU, was auf die massive Reformabstimmigkeit in Europa zurückzuführen sei.

Unter der Überschrift „Bargeld ist geprägte Freiheit“, setzt sich die FDP für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld sei ein Teil der Freiheit. Es ermögliche zum Beispiel, „ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren, Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen“, und erfülle ferner eine wertvolle Aufgabe bei der Erziehung von Kindern. Der Umgang mit Geld erlerne sich am besten mit Scheinen und Münzen. Laut FDP gäbe es „keinerlei Anhaltspunkte, dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden könnten.“ Daher fordere man den Erhalt des Bargelds.

Unter der Überschrift „Geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Währungs-

gebiet“, bekundet die FDP ihren Willen, die europäischen Verträge so anzupassen, „dass Mitgliedstaaten nach einem geregelten Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren.“ Wenn ein Staat dauerhaft überfordert sei, seine Wettbewerbsfähigkeit und Schulden-tragfähigkeit innerhalb der Währungsunion wiederherzustellen, so könne der Austritt aus dem Euro sinnvoll und notwendig sein. „Mit der Rückkehr zu einer eigenen Währung und der Möglichkeit, diese abzuwerten, kann dieser Staat seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Staaten scheuen diesen Weg aber, weil er bislang rechtlich an den Austritt aus der Europäischen Union gekoppelt ist.“ Diese Koppelung will die FDP beenden.

Piratenpartei



Präambel, wortwörtlich zitiert, Hervorhebung durch die Redaktion:

„Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialordnung soll allen Menschen und der Gemeinschaft dienen. Traditionelle Kennzahlen, wie etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder die Wachstumsrate, die nur bedingt mit dem Wohlstand der Menschen und der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens verknüpft sind, sollen daher nicht mehr alleinige Orientierungsgrößen für die Wirtschaftspolitik sein.“

Das Leitbild der PIRATEN ist eine Ordnung, die sowohl freiheitlich als auch gerecht als auch nachhaltig gestaltet ist. Da Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit universelle Grundwerte sind, wollen wir auch über den nationalen Rahmen hinaus auf die Berücksichtigung dieser Werte hinwirken. Freiheitlich ist eine Gesellschaftsordnung, in der die individuelle Entfaltung des Menschen im Mittelpunkt steht. Sie wird durch das Gemeinwohl sowohl gestärkt als auch beschränkt. Deshalb sind Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden.

Gerecht bedeutet, dass die Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft so gestaltet sind, dass sowohl eine Teilhabe als auch ein angemessene

nes Leben grundsätzlich gewährleistet werden. Nachhaltig ist ein auf Dauer angelegter, verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und der Umwelt. Die Haushalts- und Subventionspolitik, sowie das Finanzsystem, müssen dem Menschen und der Realwirtschaft langfristig dienen.“

Bündnis 90/ Die Grünen



Zitat:

„Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir GRÜNE ändern. Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften wollen wir beseitigen, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen.“

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- Schuldenbremse für Banken – Schattenbanken regulieren
- Steuersümpfe trockenlegen – weltweite Regeln gegen Steuervermeidung
- Mehr für das Gemeinwohl – Superreiche in die Verantwortung nehmen

Die aktuell entspannte gesamtstaatliche Haushaltssituation ist bedingt durch historisch niedrige Zinsen und den hohen Beschäftigungsstand. Sie darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass strukturelle Risiken weiter bestehen.

Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir GRÜNE ändern. Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften wollen wir beseitigen, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen.“

Die Violetten



Wortwörtliche Übernahme aus dem Programm:

„Bedingungsloses Grundeinkommen

Bezahlte Vollbeschäftigung ist in unserer hochtechnisierten Gesellschaft nicht mehr möglich. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist heute unverzichtbare Grundlage eines freiheitlichen, sozialen und demokratischen Gemeinwesens wie auch für innovatives, am Bedarf des Menschen ausgerichtetes und tiefenökologisch nachhaltiges Wirtschaften.

Postwachstumsökonomie

DIE VIOLETTEN stehen für einen verantwortungsvollen Konsum: jetzt Genuss, dauerhaft eine nachhaltige Entwicklung und ein ethisch-gesellschaftlicher Fortschritt. Grund dafür ist unsere Überzeugung, dass alles miteinander in Beziehung steht. So hat unter anderem unser Überfluss zu Ressourcenknappheit und Mangel auf anderen Kontinenten geführt. Daher ist weiteres Wirtschaftswachstum aus unserer Sicht nicht zweckdienlich. Stattdessen streben wir eine schrittweise Postwachstumsökonomie (Wachstumsrücknahme) in vier Stufen an:

1. Suffizienz (Genügsamkeit)
2. Subsistenz (Selbstversorgung)
3. mehr Regionalökonomie
4. Rücknahme der Industrialisierung

Zu diesem Zweck werden wir eine nachhaltige Produktion von Gütern, die eine verlängerte Nutzungszeit haben und reparabel sind, ebenso fördern wie den Austausch von Dienstleistungen ohne Geldfluss und Konzepte der Selbst- und Kollektivversorgung, beispielsweise durch Kleingärten und Urban Gardening. Reduzieren wir unseren unnötigen oder sogar schädlichen Überfluss, erholen sich die armen Länder, so dass Menschen nicht mehr gezwungen sind, aufgrund wirtschaftlicher Not aus ihrer Heimat zu fliehen.

Bargeld / Monetative

DIE VIOLETTEN sind für den Erhalt des Bargeldes und für die Geldschöpfung nur durch den Staat. Allerdings streben wir eine Geldreform im Interesse der Allge-

meinheit und des Gemeinwohls an. Das bedeutet, die private Giralgeldschöpfung durch Banken soll sofort beendet werden. Stattdessen soll die Geldschöpfung dem vollständigen Monopol der Zentralbank unterliegen und das Geld über öffentliche Haushalte (z. B. im Rahmen von Bildungsprojekten oder dem BGE) in Umlauf gebracht werden. Zudem fordern wir die Einführung der Monetative als vierte Säule der Gewaltenteilung. Die Monetative ist nur dem Gesetz, dem Gemeinwohl und dem aktuellen Wissensstand verpflichtet und rechenschaftspflichtig gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit. Ihr genauer Status soll in einem Gesetz definiert werden.

Sie sorgt dafür, dass das Geld endlich den Menschen dient und nicht mehr einem Finanzsystem. Die Einlagen der Sparer und der Zahlungsverkehr sind sicher und nicht weiter durch Bankpleiten gefährdet. Die Geldmenge verändert sich im Einklang mit der Realwirtschaft, und die Geldwertstabilität ist gewährleistet. Neu geschöpftes Geld entsteht ohne Verschuldung und gelangt ohne Zinsen in Umlauf.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD



Zitat:

„**Klare Regeln für die Finanzwirtschaft:** Die Realwirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und auch der Staat brauchen ein Finanz- und Bankensystem, das sicher und verlässlich ist. Wir wollen international die treibende Kraft bei der Kontrolle und Aufsicht der Finanzmärkte werden. Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt und kein Finanzakteur darf zukünftig ohne Regulierung und ohne Kontrolle sein. Die Aktivitäten der Finanzmärkte müssen auf die Erfordernisse der realen Wirtschaft ausgerichtet sein.“

Wir wollen kleine, junge und innovative Finanzdienstleister (FinTechs) bei der

Gründungsfinanzierung unter eine vereinfachte Aufsicht stellen. Gute Beratung und der Schutz der Kunden dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden. Deutschland ist ein wichtiger Finanzstandort. Wir wollen ihn stärken und weitere Finanz- und Regulierungsinstitutionen ansiedeln. Wir unterstützen das Ziel, einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. **Wir bekennen uns klar zum Recht der Bürger auf Bargeld und werden Bestrebungen zu dessen Abschaffung entschieden entgegen treten.** (Hervorhebung d. d. Red.)“

Alternative für Deutschland – AfD



Die AfD will „Sparer und Rentner vor Enteignung durch die EZB schützen“

Die EZB sei laut AfD keine zweite Bundesbank, sondern betreibe stattdessen „eine Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik)“. Dies zerstöre „alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen.“

Unter der Überschrift „Unser Bargeld ist in Gefahr“ wirft die AfD der Bundesregierung vor, mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank die schleichende Abschaffung des Bargelds vorzubereiten. Die AfD fordert deshalb „den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht.“ Wörtliches Zitat: „Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Ein Bargeldverbot wür-

de bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private, ja intime Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.“

Die AfD will die Sicherheit der Währung garantieren, indem sie die Bürger gegen eine Eurokrise oder einem „plötzlichen währungspolitischen Krisenfall“ dadurch absichert, dass die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitig vorbereitet wird. Dadurch bliebe Deutschland handlungsfähig. Ferner fordert die AfD, dass das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden müsse. **„Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte Deutschland das Gold als temporäre Deckungsoption benötigen.“** (Hervorhebung d. d. Red.)

Die Linke

DIE LINKE.

„Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um.“

Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade mal ein Prozent. Deutschland ist eines von vier Ländern mit den meisten Millionärinnen und Millionären. Über eine Million Menschen besitzen mehr als eine Million Euro (1,2 Millionen Menschen besitzen über eine Million US-Dollar). Aber eine Vermögenssteuer wird nicht erhoben.“

Die Linke will die „Finanzmärkte schrumpfen – und die Macht der Banken brechen“ Die Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sieht sie als nicht überwunden an, weil die Regierungen nicht den Mut hätten, sich mit den Großbanken, Hedgefonds und den

Multi-Milliardären anzulegen. Wenn die Spekulation schneller wachse als die wirtschaftliche Produktion, seien immer neue Krisen die Folge. Deshalb sei ein wirklicher Bruch mit dem Kapitalismus notwendig, da ansonsten der Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden würden.

Die Linke will „die Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien: Auf den Finanzmärkten werden verschiedene Vermögensformen (Aktien, Devisen, Derivate...) getauscht, vermehrt und in wenigen Händen konzentriert. Nur wenn die großen Vermögen umverteilt werden, versiegt die Quelle, die die Spekulation anheizt. Auch aus der kapitalgedeckten Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge zu. Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen.“

Die Linke hält fest, dass die Gesellschaft nicht für die Banken da sei, sondern die Banken hätten der Gesellschaft zu dienen. **„DIE LINKE will Großbanken entmachten, Banken unter demokratische Kontrolle bringen und in öffentliches Eigentum überführen, um den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben wie Kreditvergabe und Zahlungsverkehr für die Realwirtschaft zu konzentrieren“** (Hervorhebung d. d. Red.): Private Großbanken und Landesbanken müssten verkleinert und effektiver öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Die Basis eines neuen Finanzsektors seien Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Laut Die Linke sei der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken spekulativen Motiven geschuldet. Das diene nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der Bevölkerung.

Zitat:

„DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Wir wollen die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum überführen.“

Genossenschaften und solidarische Ökonomie

Wir werden demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen fördern. Sie können in Zukunft im Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen, einer demokratischen, sozialistischen und ökologisch nachhaltigen Zukunftswirtschaft. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.“

Bündnis Grundeinkommen



**BÜNDNIS
GRUNDEINKOMMEN**

Bundesweit wählbar

Das gesamte Programm im Wortlaut:

Das Bündnis Grundeinkommen setzt sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Ziel ist, mithilfe des bedingungslosen Grundeinkommens allen Menschen die Existenz zu sichern und eine demokratische Teilhabe am Gemeinwesen zu ermöglichen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen zu verstehen.

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt. Es soll

- die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Das Grundeinkommen wird an einzelne Menschen anstelle von Haushalten gezahlt. Es steht jedem Menschen unabhängig von sonstigem Einkommen zu. Das Bündnis Grundeinkommen versteht sich als Ein-Themen-Partei, die keinen anderen Zweck verfolgt, als im demokratischen Kontext der Bundes-

republik Deutschland die Einführung des Grundeinkommens mit demokratischen Mitteln voranzubringen. Aufgrund der Größe des Projekts ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Teile der Volkswirtschaft und der Politik beeinflusst.

Unser Ideal vom freien und emanzipierten Menschen, der eben ohne Bedingungen das Grundeinkommen erhält, schließt totalitäre und faschistische Bestrebungen aus. Hierzu zählt auch, dass die Gesellschaft frei sein muss und ein Grundeinkommen weder mit Gewalt noch mit undemokratischen Mitteln durchgesetzt werden darf. Das Grundeinkommen ist im Rahmen der derzeitigen Verfassung realisierbar und es bedarf keinerlei Änderung an unserem freiheitlich-demokratischen System.

Das Bündnis Grundeinkommen ist eine Partei, die sich mit dem Thema bedingungsloses Grundeinkommen befasst, und alle ihre Mitglieder haben verstanden, dass andere Themen nicht Gegenstand dieser Partei sind. Dem einzelnen Mitglied steht es frei, sich bei anderen Themen in anderen demokratischen Parteien zu engagieren.

Soweit die parlamentarische Arbeit nicht das Grundeinkommen betrifft, sind die Abgeordneten des Bündnisses Grundeinkommen gehalten, sich das notwendige Fachwissen anzueignen und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Dabei haben sie das Grundeinkommen in allen Entscheidungen zu vertreten.

Da das Grundeinkommen einen Finanzrahmen erfordert, der den gesamten Haushalt betrifft, ist nahezu jedes Themengebiet betroffen, bei dem die Abgeordneten des Bündnisses Grundeinkommen mitwirken. Wir fordern die Einsetzung einer Enquetekommission im Bundestag zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, insbesondere auch zur festzulegenden Höhe des Grundeinkommens und dessen Finanzierung.

Beseelt von dem politischen Willen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen, engagiert sich das Bündnis Grundeinkommen trotz aller politischen Widrigkeiten genau für ein Thema: das bedingungslose Grundeinkommen.

Christlich Demokr. Union –CDU

„Solide Staatsfinanzen

Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein geordnetes Gemeinwesen hinterlassen: Mit eigenen Gestaltungsspielräumen und ohne erdrückende Lasten aus der Vergangenheit. Der Staat darf dauerhaft nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Deshalb sind solide Staatsfinanzen so wichtig.“ [...]

„Durch gutes Wirtschaftswachstum, niedrige Zinsen und solide Haushaltsführung ist es uns gelungen, seit 2014 keine neuen Schulden aufzunehmen.“

Unter dem Vorbehalt, wonach international ein funktionierender Informationsaustausch der Finanzbehörden bestünde, fordert die CDU, dass die pauschale Abgeltungsteuer durch die individuelle Besteuerung ersetzt werden solle. Soweit Kapitalerträge schon steuerlich vorbelastet seien, sollte dies beim Anleger nicht zu Nachteilen führen.

Ziel der CDU bleibt, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer einzuführen (Hervorhebung d. d. Red.). Bei der Umsetzung werde man allerdings darauf achten, „dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben.“

„Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer schließen wir aus.“

Ökologisch-Demokratische Partei Deutschlands – ÖDP

„Enkeltauglich wirtschaften: gemeinwohlorientiert, ressourcenbegrenzt und solidarisch“

Eine Besonderheit des Programms der ÖDP stellen die Vorschläge zur „Fa-

HUMANE WIRTSCHAFT 05/2017

milien- und Rentenpolitik – Sorge für Kindheit, Jugend und Alter“ dar:

Wörtlich zitiert: „Ein Umlageverfahren bei der Alterssicherung ist nur in gleichem Umfang zu rechtfertigen, wie es ein Umlageverfahren zugunsten der Kindererziehung gibt.“

Von allen im Bundestag vertretenen Parteien wird der Eindruck erweckt, unsere Gesetzliche Rentenversicherung beruhe auf einem ‚Generationenvertrag‘. Das ist falsch. Durch den fortwährenden irreführenden Missbrauch dieses Begriffs wird die Sicht auf die grundlegenden Konstruktionsfehler unseres Alterssicherungssystems verstellt.

Der Begriff ‚Generationenvertrag‘ geht zurück auf Wilfrid Schreiber, der 1955 ein Konzept eines sozialen Sicherungssystems für Jugend und Alter entwarf, das jedoch nicht verwirklicht wurde. Er verwendete dafür die Formulierung ‚Solidarvertrag zwischen den Generationen‘. Sein Vorbild war die herkömmliche Familie: Eltern sorgen für die Kinder und werden als Gegenleistung im Alter wieder von ihnen versorgt. Wer damals keine Kinder hatte, musste die gesparten Kinderkosten für die eigene Alterssicherung aufwenden, wenn er wie die Eltern vergleichbar gesichert sein wollte. Nach den Plänen Schreibers sollten aber Kinderlose in den Vertrag zwi-

schen den Generationen einbezogen werden, indem sie zusammen mit den Eltern über eine ‚Kindheits- und Jugendrente‘ die Kindererziehung finanzieren und damit ebenfalls einen Anspruch auf Altersrente gegenüber den Kindern erwerben sollten – wie die Eltern.

In Wirklichkeit wurde mit der Rentenreform 1957 der Rentenanspruch ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden. Die Voraussetzungen für die Auszahlung von Renten werden aber nach wie vor allein durch das Großziehen einer Nachwuchsgeneration geschaffen. Damit wurde den Eltern der Gegenwert für die Kindererziehung entzogen. Das kommt einer schleichenden Enteignung der Eltern gleich. Die als Gegenleistung für die dynamische Altersrente vorgesehene dynamische ‚Kindheits- und Jugendrente‘ wurde nicht verwirklicht.“

Ferner fordert die ÖDP menschenfreundliche Wirtschaftsstrukturen:

„Menschen müssen und wollen wirtschaften, um zu leben, sich zu entfalten und die Welt zu gestalten. Das heißt: die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen. Das derzeit marktradikale Wirtschaftssystem tendiert dazu, unter Lobbyeinfluss der Profitmaximierung für wenige zu dienen. Wirtschaftswachstum wird zum Dogma, die Wirtschaft zum Moloch. Diese Eigendynamik ist aufzubrechen.“

Vorgeschlagene Maßnahmen zur Umsetzung seien demnach:

- Neue Bewertungsmaßstäbe für wirtschaftlichen Erfolg
- Ergänzung der Wirtschaftsordnung um die ökologische Dimension
- Ergänzung der Wirtschaftsordnung um die soziale Dimension
- Regionalisierung
- Postwachstumsökonomie von unten

Unter der Überschrift “ Wirksame Wirtschaftssteuerung“:

„Jede Marktwirtschaft lebt in dem Ordnungsrahmen, den die Politik ihr setzt. Die politische Steuerung der Marktwirtschaft geschieht durch die Veränderung dieses Ordnungsrahmens (Kontextsteuerung).“

Die Verfechter einer radikalen Marktwirtschaft dominieren heute Wirtschaftswissenschaft und -politik. ‚De-Regulierung‘ lautet ihre Kernforderung. Doch die ist zutiefst irrational und ein kultureller Rückschritt. Ein besseres Wirtschaftssystem müssen wir aber nicht neu erfinden, sondern nur wiederbeleben.“

Dazu bedürfe es Maßnahmen auf folgenden Gebieten:

- Jede Wirtschaft braucht einen Ordnungsrahmen
- Regulierung der Finanzwirtschaft
- Deklaration des Ressourcenverbrauchs
- Förderung von unternehmerischen Gemeinwohlbilanzen

Tabelle zu Worthäufigkeiten innerhalb der Parteiprogramme

										
Seitenzahl	64	96	131	248	24	88	76	136	76	113
Zins/Zinsen	3	9	0	7	1	1	4	4	1	2
Geldsystem	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzsystem	0	0	1	0	2	2	0	0	0	4
Regionalwährung/ Komplementärwährung/ Zweitwährung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Währung	4	6	3	3	0	4	7	4	2	3
Eigentum	6	12	4	0	0	9	12	44	10	6
Grund und Boden	2	0	0	0	0	0	0	0	1	3
Grundsteuer	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1